FDP Limburg-Weilburg

FDP IM KREISTAG BEANTRAGT EINSETZUNG EINES AKTENEINSICHTSAUSSCHUSS ZUR IMPFSTOFFVERWENDUNG UND AUFHEBUNG DER AUSGANGSSPERRE

15.04.2021

Limburg-Weilburg: Die FDP Kreistagsfraktion bleibt beim Thema Impfen am Ball. Für die konstituierende Sitzung des Kreistages am 7. Mai in Limburg hat die Fraktion die Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses beantragt, der die Verwendung des Impfstoffs in den ersten drei Monaten der Impfkampagne untersuchen soll. Die Kreistagsabgeordnete und Kreisvorsitzende der FDP Marion Schardt-Sauer bekräftigt, dass man dem Vorbild anderer Kreise, wie etwa dem Lahn-Dill-Kreis oder dem Landkreis Fulda folgen wolle und die Verwendung des knappen Guts Impfstoff zu Begnn der Impfkampagne aufarbeiten wolle. „Es ist Aufgabe des Parlamentes, die Arbeit der Verwaltung zu kontrollieren. Auch wenn der Landrat sich für sein persönliches Fehlverhalten volbildlich entschuldigt hat, so werden die weiteren Fragen rund um die Impfstoffverwendung am Anfang der Impfungen nicht beantwortet und z.B. der Datenschutz vorgeschoben. Deshalb sind wir überzeugt, dass nur ein Akteneinsichtsausschuss die Aufklärung leisten kann, die nötig ist, um das Vertrauen in die Politik wieder herzustellen“, so die Landtagsabgeordnete Schardt-Sauer. Der Akteneinsichtsausschuss soll insbesondere auch die Frage klären, wer außerhalb der Priorisierung geimpft wurde und welche Rolle der Krisenstab in der Pandemiebekämpfung gespielt hat. Ein sogenannter Akteneinsichtsausschuss ist ähnlich, wie ein Untersuchungsausschuss mit weitgehenden Rechten ausgestattet. Er kann von einer Fraktion beantragt werden. Damit ist der Antrag der FDP ausreichend, damit dieser Ausschuss seine Arbeit aufnehmen kann. Kreistagsfraktionsvorsitzender Dr. Klaus Valeske erklärte, dass man gerade vor dem Hintergrund des derzeitigen Vertrauensverlustes in die Politik

Abgerufen am 24.11.2026 unter https://fdp-limburg-weilburg.de/?p=1586

maximale Transparenz herstellen müsse. „Nur wenn alle Fakten auf dem Tisch sind, können sich die Menschen ein Bild über die Arbeit der Politik in diesen schweren Zeiten machen. Deshalb sollten alle Fraktionen im Kreistag ein Interesse haben, dass der von uns beantragte Ausschuss alle erforderlichen Akten vorgelgt bekommt und seine Arbeit schnell aufnehmen und zügig abschließen kann“, so Valeske. Die FDP-Kreistagsfraktion hatte bereits nach der letzten Sitzung vor der Kommunalwahl erklärt, dass sie sich die Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses vorbehält, sollten die vorgelegten Fragenkataloge nicht umfassend beantwortet werden. Da weiterhin bei der Beantwortung von Fragen gemauert wird, sehe man sich nun in der Pflicht. Außerdem fordert die FDP in einem weiteren Antrag die Aufhebung der Ausgangssperre. Sie sei ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger. „Eine Ausgangssperre kann nach geltender Rechtsprechung nur als allerletztes Mittel eingesetzt werden. Deshalb muss nachgewiesen werden, dass alle anderen Mittel erschöpft sind. Diesen Nachweis ist der Kreis bislang schuldig geblieben“, so Schardt-Sauer und Valeske. Eine Ausgangssperre sei darüberhinaus ungeeignet Infektionen zu verhindern, weil eben gerade keine Infektionen draußen stattfinden, sondern zum weit überwiegenden Teil im Innenräumen. Wenn die Ausgangssperre aber ungeeignet und unverhältnismäßig sei, dann müsse sie aus rechtsstaatlichen Gründen umgehend aufgehoben werden.

Nachstehend die weiteren Fragen/Antworten und die beiden Anträge der FDP-Fraktion.

Beantwortung-Fragen-FDPHerunterladen
AufhebungAusgangssperreHerunterladen
AkteneinsichtHerunterladen

Abgerufen am 24.11.2026 unter https://fdp-limburg-weilburg.de/?p=1586